

INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION
BETREFFEND FINANZIERUNG DER BILDUNGSANLIEGEN AUF DER
VOLKSSCHULSTUFE

VOM 6. JUNI 2006

Die Alternative Fraktion hat am 6. Juni 2006 folgende **Interpellation** eingereicht:

Im Vorfeld der Abstimmung zu den beiden Initiativen "Eine Fremdsprache auf der Primarstufe" und "Kein Abbau beim Handwerklichen Gestalten" wurden vielerorts grosse Bedenken im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Ausbau des schulischen Fächerkatalogs bekundet. Berechtigte Fragen und Sorgen aus schulischen, gewerblichen und aus Elternkreisen wurden laut. Durch das Erteilen von zwei Fremdsprachen sind die Lehrpersonen künftig vor noch grössere Herausforderungen gestellt. Die meisten Primarschulklassen sind vielfältig, oft international und leistungsmässig sehr unterschiedlich zusammengesetzt.

Die nachfolgenden zur Beantwortung stehenden **Fragen**, basieren auf dem Wissen, dass bei Annahme des Steuergesetzes durch das Volk, die Verwaltung 30 Mio. Franken und die Gemeinden 50 Mio. Franken sparen werden müssen. Dieses Wissen bereitet der Alternativen Fraktion grosse Sorgen.

1. Durch die Einführung einer zweiten Fremdsprache auf der Primarschulstufe kommen zusätzliche Aufgaben auf die Schule zu. Stehen für diesen zusätzlichen Aufwand die dafür notwendigen personellen Ressourcen sowie die entsprechenden Finanzen zur Verfügung? Wie viel ist dafür budgetiert? Wer kommt dafür auf?
2. Wie beabsichtigt die Regierung, die dringend notwendigen individuellen Lehr- und Lernformen an den Volksschulen für die Lehrpersonen **verbindlich** umzusetzen, damit wirklich optimale Lernbedingungen für die Kinder vorhanden sind? Welche Massnahmen werden dabei zur persönlichen Unterstützung der Lehrpersonen getroffen?
3. Wie wird künftig die Weiterbildung der Lehrpersonen geregelt? Wer kommt dafür auf?

4. Wie beurteilt die Regierung im Zusammenhang dieses Fragenkomplexes die bevorstehenden enormen jährlichen Sparvorhaben von 30 Mio. Franken bei der Verwaltung und 50 Mio. Franken bei den Gemeinden? Steht aus dem Blickwinkel der Bildung, die beabsichtigte Steuersenkung nicht erst recht quer in der Landschaft?
-